

27.10.2015

## Antrag

der Fraktion der CDU

### Bekämpfung grenzüberschreitender Einbruchskriminalität verbessern

#### I. Sachverhalt:

Nordrhein-Westfalen wird zunehmend von ausländischen Einbrecherbanden heimgesucht. In ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion hat die Landesregierung diesbezüglich Folgendes ausgeführt (Drs. 16/8338, S. 16):

*„Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger mit Wohnsitz im Ausland an den nichtdeutschen Tatverdächtigen ist insbesondere im Bereich des Wohnungseinbruchsdiebstahls seit 2012 stark gestiegen. Dies ist ein deutliches Indiz für das Agieren mobiler, international handelnder Intensivtäter im Bereich der Einbruchskriminalität.“*

Ergänzend dazu stellt die Landesregierung fest (Drs. 16/8338, S. 22):

*„Als Täter grenzüberschreitender Einbruchskriminalität werden zunehmend überregional und arbeitsteilig vorgehende mobile Täter und Banden ermittelt. Diese Täter, häufig südosteuropäischer Herkunft, reisen aus dem benachbarten Ausland (Niederlande, Belgien und Frankreich) in die Bundesrepublik Deutschland und auch nach NRW ein, begehen hier Einbrüche oder auch andere Delikte der Eigentumskriminalität und reisen dann noch am selben Tag bzw. nach nur kurzer Zeit wieder aus.“*

Um diesen Tätern das Handwerk legen zu können, ist eine wirksame polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarländern unabdingbar. Die diesbezüglich bestehenden Instrumente und Kooperationsmöglichkeiten hat die Landesregierung in ihrer Antwort auf die o.g. Große Anfrage beschrieben.

In diesem Zusammenhang wurde u.a. auch auf die seit dem Jahr 2007 bestehende Kooperation „Polizeiliche Euregio Rhein-Maas-Nord“ (PER) hingewiesen. An dieser Arbeitsgemeinschaft sind auf deutscher Seite die Kreispolizeibehörden Kleve, Krefeld, Mönchengladbach und Viersen sowie die Bundespolizei beteiligt. Auf niederländischer Seite nehmen die Politie Limburg-Noord und die Koninklijke Marechaussee an der PER teil. Ziel der PER ist es, die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit der beteiligten Polizeibehörden zu verbessern.

Datum des Originals: 27.10.2015/Ausgegeben: 27.10.2015

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion hat die Kreispolizeibehörde Viersen inzwischen schriftlich mitgeteilt, dass sich die Zusammenarbeit mit niederländischen Polizeidienststellen im Rahmen der PER in der Praxis schwierig gestalten. Dies liege in erster Linie daran, dass niederländische Polizeibehörden regelmäßig projektbezogen arbeiten und ihre (Personal-) Ressourcen jeweils stringent nur innerhalb ihrer Projekte einsetzen würden. Eine konzeptionelle, über den Einzelfall hinausgehende Zusammenarbeit außerhalb einzelner Projekte werde auf niederländischer Seite nicht gestützt. Einzelfallbezogene Anfragen könnten lediglich über das Euregionale Polizei-Informations- und Cooperations-Centrum (EPICC) gestellt werden. Darüber hinausgehende Vernehmungs- und Ermittlungersuchen müssten als Rechtshilfeersuchen über die Justizbehörden gestellt werden. Ein bilateraler Informationsaustausch auf Dienststellen- oder Sachbearbeiterebene finde derzeit nicht statt.

Beispielhaft wird in diesem Zusammenhang auf einen Fall aus dem Mai 2013 verwiesen, bei dem die Täter mit Hilfe einer mitgebrachten, in den Niederlanden gestohlenen Zugmaschine einen LKW-Anhänger von dem Gelände einer Spedition in Willich entwendeten. Nach Polizeiangaben sei dieser Auflieger mit Waren im Wert von 145.000 Euro beladen gewesen. Nachdem er einige Tage später – ohne Ladung – in Eindhoven aufgefunden wurde, hätten die niederländischen Behörden zwar unmittelbar den Eigentümer des Aufliegers verständigt, nicht aber die deutsche Polizei. Diese sei erst vom Eigentümer des Aufliegers verständigt worden, jedoch erst nach dessen Übernahme in den Niederlanden. Auf Nachfrage habe die niederländische Polizei erklärt, dass eine Spurensuche am Auffindort nicht stattgefunden habe, weil dies nur nach einem Rechtshilfeersuchen möglich sei. Ein solches Rechtshilfeersuchen wäre den nordrhein-westfälischen Behörden bei rechtzeitigem Bekanntwerden des Auffindens zwar möglich gewesen, war nach der Aushändigung des Aufliegers an den rechtmäßigen Eigentümer jedoch obsolet. Weil die Tat in eine Serie von vergleichbar gelagerten Taten aus dem Jahr 2013 passte, die sich im Grenzgebiet zu den Niederlanden zeigte, übersandte die deutsche Polizei ihren niederländischen Kollegen eine Zusammenfassung der diesbezüglichen Ermittlungsergebnisse nebst Hinweis auf die Häufung entsprechender Taten. Diese Informationen seien dort zwar zur Kenntnis genommen worden, hätten aber aufgrund fehlender Projektierung des Phänomens zu keinen weiteren Ermittlungen der niederländischen Polizei geführt.

Über ähnliche Erfahrungen wird in Bezug auf die Ermittlung zu sog. Homejacking-Delikten berichtet. Beim Homejacking brechen die Täter in Wohnungen ein, um die Schlüssel hochwertiger PKW zu erbeuten. Häufig werden die auf diese Weise in Deutschland gestohlenen Fahrzeuge später in den Niederlanden gefunden, so auch einem Fall, der sich im Juli 2015 in Nettetal ereignete. Der dabei gestohlene Wagen wurde am Folgetag in Tegelen (Niederlande), unweit der Grenze zu Deutschland aufgefunden. Üblicherweise wird an durch Homejacking erbeuteten aufgefundenen PKW eine intensive Spurensuche (Fingerabdrücke, DNA) durchgeführt, um die oft professionellen Serieneinbrecher identifizieren zu können. Im vorliegenden Fall habe die niederländische Polizei jedoch weder die deutschen Polizeibehörden über den Auffinden des gestohlenen PKW informiert, noch eine Spurensuche im/am Fahrzeug durchgeführt.

Ermittlungsschwierigkeiten dieser Art sind äußerst unbefriedigend und mit dem Ziel einer effektiven Bekämpfung grenzüberschreitender Einbruchskriminalität nicht zu vereinbaren. Offiziell dokumentiert wird die mangelhafte Kooperationsbereitschaft der niederländischen Polizei bedauerlicherweise nicht, weil sie regelmäßig nicht Gegenstand einer Ermittlungsakte sein kann. Die Erfolgchancen der nordrhein-westfälischen Polizei bei der Bekämpfung international agierender Einbrecherbanden dürften unter den beschriebenen Vorgehensweisen der niederländischen Polizei gleichwohl ganz erheblich leiden.

**II. Der Landtag stellt fest:**

- 1.) Für eine effektive Bekämpfung grenzüberschreitender Einbruchskriminalität in Nordrhein-Westfalen sind wirksame Instrumente der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit mit den Behörden unserer Nachbarländer unerlässlich.
- 2.) Die zu diesem Zweck eingerichteten Kooperationsformen, wie beispielsweise die seit 2007 bestehende Arbeitsgemeinschaft „Polizeiliche Euregio Rhein-Maas-Nord“ (PER), werden ausdrücklich begrüßt.
- 3.) Gleichzeitig nimmt der Landtag mit Bedauern zur Kenntnis, dass sich die Zusammenarbeit mit den niederländischen Polizeibehörden im Rahmen des PER in der Praxis schwierig gestaltet, weil diese ausschließlich projektbezogen arbeiten und ihre (Personal-) Ressourcen ausschließlich innerhalb eigener Projekte einsetzen.
- 4.) Es ist Aufgabe der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die beschriebenen Missstände in der polizeilichen Zusammenarbeit im Rahmen der Euregionen zu identifizieren und sich auf bilateraler Ebene dafür einzusetzen, dass die daraus resultierenden Defizite bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität schleunigst behoben werden. Kooperationsformen wie die PER dürfen nicht nur auf dem Papier existieren, sondern müssen mit Leben gefüllt werden.

**III. Der Landtag beschließt:**

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- 1.) dem Landtag umgehend einen ausführlichen schriftlichen Bericht zu der Frage vorzulegen, welche konkreten Schwierigkeiten aus Sicht der Kreispolizeibehörden Kleve, Krefeld, Mönchengladbach und Viersen bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Einbruchskriminalität im Rahmen der Kooperation „Polizeiliche Euregio Rhein-Maas-Nord“ (PER) bestehen, insbesondere im Hinblick auf die praktische Zusammenarbeit mit den niederländischen Polizeidienststellen;
- 2.) dem Landtag umgehend einen ausführlichen schriftlichen Bericht zu der Frage vorzulegen, welche konkreten Schwierigkeiten aus Sicht der Polizei Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalitätsphänomene im Rahmen weiterer Kooperationen mit niederländischen und belgischen Polizeidienststellen bestehen;
- 3.) auf bilateraler Ebene darauf hinzuwirken, dass die unter Ziff. 1.) und 2.) identifizierten Problemlagen umgehend gelöst werden;
- 4.) dem Innenausschuss des Landtags über den Stand der Umsetzung ihrer diesbezüglichen Aktivitäten halbjährlich in schriftlicher Form zu berichten.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Peter Biesenbach  
Theo Kruse  
Ilka von Boeselager  
Dr. Marcus Optendrenk  
Hendrik Schmitz

und Fraktion